

# Der Volksstaat

Abonnementspreis  
für ganz Deutschland  
16 Sgr. pro Quartal.

Monats-Abonnements  
werden bei allen deutschen  
Postanstalten auf den Preis  
u. den Monat und auf den  
den Monat besonders an-  
genommen; im Kgr. Sachsen  
u. Herzg. Sachs.-Altenburg  
auch auf den 1ten Monat des  
Quartals à 5 1/2 Sgr.

Erscheint in Leipzig  
Mittwoch, Freitag, Sonntag.  
Bestellungen nehmen an alle  
Postanstalten u. Buchhand-  
lungen des In- u. Auslandes.  
Filial-Expeditionen  
für die Vereinigten Staaten:  
F. W. Sorge,  
Box 101 Hoboken, N. J.  
Peter Haß,  
8. W. Corner Third and  
Coates str. Philadelphia.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Inserate, die Abhaltung von Partei-, Vereins- und Volksversammlungen, sowie die Filial-Expeditionen und sonstige Partei-Angelegenheiten betreffend, werden mit 1 Ngr., — Privat- und Bergungsange-  
Anzeigen mit 2 1/2 Ngr. die dreispaltige Petit-Zeile berechnet.

Nr. 148.

Sonntag, 20. Dezember.

1874.

## Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. Januar beginnt ein neues Quartal und fordern wir deshalb zu zahlreichem Abonnement auf das wöchentlich dreimal erscheinende Parteiorgan auf.

Der Preis beträgt 16 Sgr. (56 Kr. rh.) pro Quartal, 5 1/2 Sgr. (18 1/2 Kr. rh.) pro Monat für ganz Deutschland.

Alle deutsche Postanstalten nehmen Abonnements entgegen. Denjenigen Abonnenten, welche das Blatt per Kreuzband beziehen, wird dasselbe bei dreimaliger Zusendung in folgender Weise berechnet:

für Deutschland 1 Thlr. 5 Ngr. (2 fl. 3 kr. rh.);  
für die Schweiz, Serbien, Belgien, Scandinavien und  
Italien 1 Thlr. 10 Ngr. (5 Franc.);  
für Frankreich, die Niederlande, Portugal, Großbritannien,  
Rumänien und die Türkei 1 Thlr. 20 Ngr. (6 1/4 Franc.);  
für Spanien und für Amerika 2 Thlr.

Für Leipzig und Umgegend ist der Abonnementspreis (mit Dringerlohn) auf 17 1/2 Ngr. pro Quartal und 6 Ngr. pro Monat festgesetzt. Man abonniert bei der Expedition dieses Blattes, Zeigerstraße 44, und bei Colporteur Müller.

Für die Umgegend von Leipzig bei den Filial-Expeditionen: für Volkmarzdorf, Neuditz, Reuthörsfeld, u. c. bei Frau Friedrich, Anger Nr. 5, für Ganewitz u. bei Teubert, Vornaische Straße 19, für Kleinschöcher und Umgegend bei Fleischer, Nr. 87 daselbst, für Thonberg und Neureuditz bei Zschau, für Plagwitz und Lindenau bei Herrn Schuster, Merseburgerstr. 26, für Gohlis u. bei D. Peukert, Hauptstr. 19, für Stötteritz bei Fr. Vogenitz, Hauptstr. 38.

Für Berlin wird auf den „Volksstaat“ monatlich für 7 1/2 Sgr. frei in's Haus abomirt, bei Trautmann, Marianen-  
str. 4, 3 Tr. — Rubensow, Brunnstraße 34  
im Laden; Meyner, Elisabethstr. 1; Vogel, Prinzenstr. 61.  
Alb. Schuster, Blumenstr. 36b, 4 Tr.

Die Redaktion und Expedition des „Volksstaat“.

## Die Quednauer Revolte vor dem Schwurgericht.

(Fortsetzung.)

Wir lassen nun noch zwei, von dem Verfasser der bereits abgedruckten Artikel über die Landarbeiterrevolten in Ostpreußen herabzuleitende, ebenfalls von der „Frankfurter Zeitung“ veröffentlichte Aufsätze: „Die ostpreussischen Revolten und das Gericht“ folgen:

I.

Die „Königsberger Zeitungen“ bringen noch immer Berichte über die gerichtlichen Verhandlungen gegen die Revolten. In den gefällten Urtheilen ist noch keine Milde zu spüren, und die Staatsanwaltschaft thut Alles, um jede den Angeklagten günstige Rechnung zu verhindern. Trotzdem kriecht sich außerhalb jener festgeschlossenen Kreise, in dem die Richter und die Gutbesitzer das große Wort haben, die Ansicht Bahn, daß das harte Urtheil über die unglücklichen Arbeiter gemildert oder ganz aufgehoben werden müsse, und wiederholt ist der allerdings nicht sehr kräftige Ruf nach Begnadigung laut geworden.

Wenn man erwägt die unendlich traurige Lage der Arbeiter, ihre vollständige Rechtslosigkeit gegenüber dem Arbeitgeber, die vielen schönen Versprechungen mit den bitteren Enttäuschungen, die endliche Hoffnungslosigkeit, die nirgends einen Ausweg, nirgends ein Ende der unerträglichsten Leiden sehen ließ; wenn man bedenkt, daß die neue Kreisordnung den Arbeitern nicht ein Recht gewährt, nicht eine Erleichterung brachte, obwohl ihnen so viel versprochen worden, dagegen die Herren ihnen gegenüber mit einer Macht auftraten, wie sie größer niemals seit Aufhebung der Leibeigenschaft gewesen: dann wird man sich nicht wundern können, daß eine wahre Verzweiflung über die armen Leute kam und sie nur einen Rückfall in die elende Leibeigenschaft erkannten. Sie mußten sich empören, erklärte der Rechtsanwalt Stettler, — allerdings erst auf eine herausfordernde Peleli des Staatsanwalts — weil sie sich in ihrem Lebensmarke bedroht gesehen.

Um so wunderbarer ist's, um so mehr muß es beklagt werden, daß in allen Verhandlungen gegen die Teilnehmer an den Revolten von Niemand und auf keiner Seite auf die jammervollen Verhältnisse der Arbeiter eingegangen worden ist. In erster Reihe trifft der schwerste Vorwurf die Presse unserer Provinz. Die Männer, welche von Tag zu Tag die Bewegungen des Volkslebens verfolgen, und die Bedürfnisse, von denen sie ausgehen, und die Hemmnisse, an denen sie aufstossen, ins Auge fassen und untersuchen, diese Männer mußten wissen, daß keine Revolte, keine Empörung unvollständig aufstehen oder von Agitatoren „gemacht“ werden könne. In der ganzen Geschichte haben wir das Beispiel. Vielmehr mußten sie, als die ersten Nachrichten von den Revolten eintrafen, sofort zu dem Schluß gelangen, daß die Ursachen derselben tief in den vorhandenen Verhältnissen und Zuständen stecken, und diesen Ursachen nachzuspüren, das war ihr Beruf, war ihre Pflicht. Sie hätten sich die Sache leicht machen können, sie hätten nur das Buch von dem ihnen bekannten Herrn v. d. Goltz: „Die ländliche Arbeiterfrage und ihre Lösung“ mit Aufmerksamkeit lesen dürfen. Obgleich der fromme Professor nicht schämte, was von den Arbeitern jemals gesagt worden, zu ver-

zeichnen vergißt, so theilt er doch so vieles Richtige über das Leben und die Lage derselben und über die Herden Gutsbesitzer mit, daß man seinem Buche ohne große Anstrengung eine lange Reihe mildernder Umstände für die Revolten und sogar gewichtige Gründe für ihre völlige Freisprechung entnehmen kann. Aber statt den Ursachen der beängstigenden Erscheinung nachzuspüren, nahm die Presse ein klüßliches Geschrei für selbstverständliche Wahrheit. Sie ließ sich auch nicht irre machen durch die bedenkliche Thatsache, daß jede Partei sich durch ihren Haß leiten ließ und die gefährlichsten Gegner als Urheber anlagte. Durch die gerichtlichen Verhandlungen gegen die an den Revolten theilnehmenden Arbeiter ist nichts so klar bewiesen worden, als die Unfähigkeit unserer Presse, über das alltägliche Maß hinausgehende Erscheinungen des Volkstheiles richtig beurtheilen, verständlich erklären zu können. Alles, was sie zur Erklärung der Revolten gesagt und zwar gesagt in dem anmaßenden Tone einer nicht zu bezweifelnden Unfehlbarkeit, hat sich als totaler Irrthum herausgestellt.

Das ist aber alle Magen beschämend. Oder ist es wirklich wahr, was man laut auf den Gassen wenigstens von einem unserer Organe der öffentlichen Meinung erzählt, daß man absichtlich die Augen von den wahren Ursachen ablenkte, daß man mit schlauer Ueberlegung die Unwahrheit sprach, Unschuldige verdächtigte und verleumdete, um nur die Schuldigen von jeder Verantwortung zu befreien?

Ein Theil unserer Presse ging noch weiter. Man wußte, wie jetzt kaum noch bezweifelt werden kann, daß alle Unwahrheiten, Verdächtigungen und Verleumdungen schließlich in ein schmächtliches Nichts zerrinnen müßten. Aber ein Schreden sollte den mit der unumschränkten Herrschaft der Besitzer unzufriedenen Arbeitern eingejagt werden, auf daß sie nie wieder gegen dieselbe sich aufzulehnen und unter keinen Umständen auf die frohe Botschaft von dem gleichen Rechte Aller zu lauschen wagten. Darum wurde sofort die härteste, unnachlässigste Strafe für die Empörer verlangt. Die „Ostpreussische Zeitung“ begann von einer „Mitschuld“ des neuen Strafgesetzes und einer „überaus milden Strafpraxis“ zu reden. Die Hauptursache der Revolten wurde gefunden in dem Bewußtsein der Arbeiter, „daß nur eine sehr geringe, oft wohl gar keine Strafe sie treffe, wenn sie sich auch in der venientesten Weise gegen die Besitzer betrogen. Sie glauben sich jede Willkür gegen sie ungestraft erlauben zu dürfen, und sind es gewohnt, ihren Ungehorsamkeiten keinen ernstlichen Hemmschuh entgegenzusetzen, und es ist kein Wunder, daß sie das, was sie gewohnheitsgemäß sich im Kleinen gegen die einzelnen Besitzer erlaubten, nun auch gegen die militärische staatliche Macht durchzuführen bestrebt waren.“ Es werde aber noch schlimmer kommen; denn überall spreche es der gemeine Mann ganz ungenirt selbst aus: „Was giebt es denn für Strafen? Die Geschworenen nehmen mildernde Umstände an und man kommt mit ein paar Monaten Gefängnis ab. Das ist schon zu riskiren.“ „Dann wälten hier keine mildernden Umstände, keine Entschuldigungen ob“, hieß es in einem langen Eingekandt des Blattes; „hier hat man es mit einer wohlgepflegten, wohlgeplanten Blügellosigkeit der Arbeiter zu thun, die sich nicht scheut, dem Gesetz trotz aller vorhergehenden Warnung ins Gesicht zu schlagen. Hier ist Strenge Milde zu nennen, weit durch sie solche traurige Austritte in Folge vermieden werden. Milde würde eine Verbreitung des Uebels sein. Die Besitzer vorzugsweise haben ein Anrecht, zu wünschen, daß hier die ganze Strenge des Gesetzes zur vollen Geltung kommen möge, sie sind die hart Gehändelten, die Mißhandelten, nicht allein an ihrer eigenen Person, sondern sogar an Frau und Kind, sie sind es, die noch obenein jede Stunde der Arbeiter ausbaden müssen, indem sie sich nun für theures Geld Erntearbeiter schaffen und noch obenein die Frauen und Kinder der Eingekandten ernähren müssen; ja noch mehr, sie müssen auf Grund des Gesetzes vom 11. März 1850 alle Schäden, die bei Revolten in ihren Orten verübt werden, ersetzen. Man gönne also dem Gesetze hier seinen freien Lauf und gebe sich nicht unrichtigem Mitleide hin.“ Es fehlte nur noch, daß der „Gotteshmann“ Luther gegen diese Empörer aufgerufen wurde: „Dorum soll sie zerschmettern, erwürgen und stechen, heimlich oder öffentlich, wie er da kann, und bedenken, daß nichts Gistigers, Schädlicher, Teufelischer sein kann, denn ein anfechtbarer Mensch! Gleich als wenn man einen tollen Hund todtzuschlagen muß. Schlägst Du nicht, so schlägt er Dich, und ein ganz Land mit Dir.“

Das Gericht zu Königsberg verfuhr denn auch — wie es wenigstens schien — nach der Anschauung der „Ostpreussischen Zeitung.“ Wie Räuber und Mörder wurden die Leute eingekerkert, gebunden und transportirt und in das Untersuchungsgefängnis, das sich kaum von einem Strafgefängnis unterscheidet, gesperrt. Diese peinliche Haft dauerte über drei Monate.

Ich habe nichts vernommen, daß in dieser langen Zeit der Staatsanwalt, der Untersuchungs- oder ein anderer Richter, endlich auch keiner von den Rechtsanwälten auf die Güter hinausgegangen wäre, um sich bei den Arbeitern nach den Ursachen ihrer verzweifeltsten Unzufriedenheit zu erkundigen, mit eigenen Augen zu sehen und mit eigenen Ohren zu hören, wie sie lebten und litten und wie viel sie bereits in unermesslicher Geduld ertragen hätten.

Und noch Eine. Jedermann weiß von der sozialen Frage. Seitdem selbst Professor Rud. Oeist ausgesprochen (bereits vor fünf Jahren), daß die soziale Frage zwar nicht die einzige, aber die wichtigste Frage der heutigen europäischen Welt geworden ist, seitdem können doch endlich nur Narren behaupten, daß man über soziale Erscheinungen schon urtheilen könne, wenn man die soziale Frage nur vom Hörensagen kennt, daß es erlaubt sei, sie vor-

nehmen mit einer sinnlosen Floskel aus dem trivial gewordenen Manchester-Evangelium abzuthun. Es wäre nun höchst interessant zu erfahren, ob der Staatsanwalt, die Richter, die Geschworenen, ja ob die Verteidiger von der sozialen Frage etwas mehr wissen, als was sie in ihren Zeitungen gefunden, ob nur einer dieser Herren einen guten Kurs über diese „ernsteste Frage der heutigen europäischen Welt“ durchgemacht, ob sie den schwierigsten und dunkelsten Theil derselben, die ländliche Arbeiterfrage, jemals von einem andern Standpunkt als dem des vornehmen Herrn betrachtet. Ich glaub's nicht, und dazu habe ich guten Grund. So behaupte ich denn, daß Niemand über Arbeiter zu Gericht sitzen und als gewissenhafter Mann über sie urtheilen kann, der nicht eingehend mit der sozialen Frage sich beschäftigt hat. Es sind nicht bloß die sogenannten technischen Dinge, die eine sachverständige Prüfung, eine genaue Durchforschung der einzelnen Kräfte, die zusammen wirken, erfordern; für die Beurtheilung sozialer Erscheinungen reicht selbst die höchste Bildung und eine unerschütterliche Redlichkeit ohne genaue Kenntniß der Zustände und Verhältnisse, auf denen das alltägliche Leben ruht, nicht aus.

Die Richter waren gewöhnliche preussische Richter, die Silben, Wörter und Paragraphen zu handhaben wissen. Die Verteidiger sind angelegene Rechtsanwälte, die mit den Arbeitern wenig, mit den Gutsbesitzern dagegen viel zu thun haben. Ihr politisches Bewußtsein — dasselbe halte ich nicht für unwichtig — geht wohl kaum bei einem über das nationalliberale Programm hinaus. Die meisten von ihnen haben wohl nie und einige schon seit Jahren nicht Gelegenheit gehabt, gegen die herrschende Staatsweisheit zu pläviden; wer weiß, ob sich heute einer dazu versehen möchte.

Die Geschworenen endlich. Die Liste derselben hat überall das größte, das peinlichste Aussehen erregt. Von den 30 einberufenen Geschworenen waren allein 22 Gutsbesitzer! Ist nicht das Fundament aller Geschwornengerichte der schöne Satz, daß der Angeklagte nur von seines Gleichen gerichtet werden darf? Welchen größeren Gegensatz giebt es aber, als den zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, zwischen unsern reichen, aristokratisch gefärbten Gutsbesitzern und unsern armen, verachteten, rechtlosen Landarbeitern! Dieser Gegensatz wird noch verschärft durch die von allen Seiten offen zugestandene, durch die Revolten sonnenklar bewiesene feindselige Stimmung zwischen den Gutsbesitzern und Arbeitern. Wie viel Schuld an dieser Stimmung man auch den Arbeitern zuschreiben mag: unbestreitbar ist jedenfalls, daß die Herren Gutsbesitzer denselben nicht wie die unschuldigen Kinder gegenüberstehen. Das bestätigt auch Freiherr v. d. Goltz. Es wäre zu wünschen, sagt er in der „Concordia“, nachdem er pflicht- und standesgemäß die Nothheit unter der ländlichen Arbeiterbevölkerung geschildert, „daß die stattgehabten Revolten die Gutsbesitzer dazu bestimmten, einmal ernstlich darüber nachzudenken, in wie weit sie selbst eine indirekte (blos indirekte?) Schuld an den traurigen Vorgängen trifft.“ „Meines Trachtens“, sagt weiter der ehemalige Domänenverwalter, „gehört kein übermäßig zartes Gewissen dazu, um die Existenz einer solchen Schuld anzuerkennen.“ „Viele Gutsbesitzer mögen heutzutage in vollem Rechte sein, wenn sie sich über die fittliche Haltung ihrer Arbeiter beschweren; nicht minder aber haben auch viele Arbeiter Recht, wenn sie sich über den Mangel an Wohlwollen und inhumaner Behandlung Seitens ihrer Herren beklagen.“ Könnte von den Gutsbesitzern auch wirklich nicht mehr gesagt werden, als Freiherr v. d. Goltz sagt, so wäre damit doch schon das feindselige Verhältnis zwischen ihnen und den Arbeitern erwiesen und die Annahme nicht berechtigt gewesen, daß sie als Geschworene über die Arbeiter nicht mit voller Unparteilichkeit, wie ohne Liebe, so auch ohne Haß ihr Urtheil abgeben würden.

## Politische Uebersicht.

— Die Sozialdemokratie kämpft bekanntlich auch für das Beamtenproletariat ebenso energisch, wie für die übrigen Gattungen von Proletariaten, unbeflümmelt davon, daß die niederen Beamten, meist aus Scheu vor ihren Vorgesetzten, sich von den Bestrebungen der Arbeiterpartei fernhalten. So sprach sich in der Reichstagsitzung vom 7. Dezember bei Berathung über den Etat für Post- und Zeitungsverwaltung Hasselmann in folgender Weise aus:

„Die Gehälter der unteren Postbeamten sind absolut unzureichend in Anbetracht der gewaltigen Arbeitslast, welche dies Beamtenproletariat zu leisten hat. Die Arbeitelöhne sind überall in den letzten Jahren um ca. 50 Prozent gestiegen, während die Theuerung der Lebensmittel und die Entwerthung des Geldes einen weit größeren Prozentsatz erreicht. Eine Erhöhung der unteren Beamtengehälter um 50 Prozent wäre also nothwendig, nur damit ihre Lebenslage gegen selber sich nicht verschlechtert. Man sagt, die Postbeamten positioniren ja nicht; vergißt aber, daß das Bestreben der unteren Postbeamten nach Aufbesserung ihrer Lage durch Maßregelung von oben her im Keime erstickt worden ist. Seit dem letzten großen Bismarckverfall will man ja auch diese Postbeamtenstellen zu einem Ruhepöfchen für ausgediente Unteroffiziere oder Halbinvaliden machen und für solche Leute wißt man ein Gehalt von 160 Thlr. jährlich als Landbriefträger aus. Mit

\*) Als Geschworene waren nur Gutsbesitzer angesetzt. Die „Herren“ haben also zuerst eine drückend erscheinende Polizeigewalt gelbt und dann über ihre Dienstleute zu Gericht gesessen! So steht im „Neuen Deutschen Reich“ (Nr. 42, Seite 67) geschrieben. Der Ruf ist charakteristisch; man glaubt zu sehen und zu hören, wie die Redaktion dieses Organs eines abgrundtiefen Rationalismus erschreckt die Hände über dem Kopf zusammenschlägt über solch ein Geschworenen-Gericht.



solchen Hungerlöhnen bewirken sie nur, daß die Kinder des Proletariats der Prostitution verfallen und daß diese Klasse, die bis jetzt noch der sozialen Bewegung fern gestanden hat, in die Reihen der Arbeiter-Bataillone getrieben wird, um mit ihren Weibern, den Arbeitern, den sozialen Kampf auszukämpfen."

Zur Frage der ländlichen Arbeiter Deutschlands. Aus der Feder des Prof. v. d. Solz bringt die „Concordia“ die nachfolgende Zusammenfassung der Tageslohnsätze, die in den einzelnen Theilen Deutschlands durchschnittlich dem kontraktlich nicht gebundenen und das ganze Jahr über beschäftigten ländlichen Arbeiter gezahlt werden:

In Schlesien 8,2 Sgr., in der Provinz Preußen 10,7 Sgr., Posen 11 Sgr., Sachsen 12,9 Sgr., Brandenburg 13,1 Sgr., Pommern 14,6 Sgr., Westfalen 15,5 Sgr., Rheinland 15,8 Sgr., Hannover 15,3 Sgr., Schleswig-Holstein 16,6 Sgr., im Reichslande Elb- und Rönneburger 18,5 Sgr., im Königreiche Baiern 13,5 Sgr., Sachsen 14,1 Sgr., Württemberg 16,2 Sgr., im Großherzogthume Baden 16,5 Sgr., Hessen-Darmstadt 13,5 Sgr., Oldenburg 19 Sgr., Mecklenburg 16 Sgr., in Braunschweig 14,2 Sgr., Meiningen 10 Sgr., im Bremenschen 23,8 Sgr. etc.

Bemerkung muß noch werden, daß die Arbeiter neben dem Pöhne keine Befristung erhielten, und daß die Zusammenstellung obiger Tageslohnsätze erfolgt ist im Auftrage des Congresses der deutschen Landwirthe. Vielleicht werden die deutschen Landwirthe nun wohl ein Einsehen haben und den Arbeitern bessere Löhne zahlen — vielleicht aber auch nicht. Was wahrscheinlicher ist.

In der Debatte über die Majunké'sche Angelegenheit meldete sich Liebknecht gleich bei Beginn der Sitzung zum Wort, um das Verhalten des Reichstags zu kritisiren, wurde aber durch den üblichen Schlußantrag mundtot gemacht.

Wegen einzelner beanstandeter Aufsätze ist die erste Auflage des in Wien erscheinenden „Oesterreichischen Arbeiterkalenders“ mit Beschlag belegt. Eine zweite Auflage wird in wenigen Tagen herausgegeben werden.

### Gewerkschaftliches.

#### Gewerkschaft der Schuhmacher.

Augsburg. Allen Freunden und Kollegen zur Nachricht, daß das Gewerkschaftsmitglied und hiesiger Dreifachler Jakob Friedrich aus Würzburg, im Alter von 40 Jahren, Romag den 7. Dezbr., Abends 6 Uhr nach kaum 10tägiger Krankheit an der Lungenentzündung gestorben ist. Derselbe war ein treuer und eifriger Mittlämper für die Rechte der Unterdrückten, obwohl selbst arm, doch stets bereit zu helfen, soweit es seine geringen Mittel erlaubten. Das Proletariat verliert an ihm einen treuen, opfermüthigen und streng rechtlichen Streiter. Wie sehr obige Eigenschaften von seinen hiesigen Freunden geschätzt wurden, zeigte das am Mittwoch den 9. d. M. stattgehabte Leichenbegängniß. Trotz der überaus schlechten Witterung hatten sich die Freunde, und hauptsächlich die Kollegen des Verstorbenen äußerst zahlreich eingefunden; der lange schweigsame Zug bot einen erhabenden Anblick dar. Ehre seinem Andenken.

Die bayrischen Parteiorgane werden um Abdruck des Vorstehenden gebeten. J. Endres.

#### Metallarbeitergewerkschaft.

Grimmishausen. Mitglieder allerorts! Es ist nun bereits ein halbes Jahr her, daß die centralisirte Krankenkasse in Kraft getreten ist; tretet ein in dieselbe und erfüllt eure Pflicht, denn es muß eines Jeden eignes Interesse sein, sich selbst, sowie die Familie auch in Krankheitsfällen vor Hunger, Noth und Elend zu schützen. Organist Euch, zahlt eure Beiträge willig und pünktlich. Wenn gleich es Manchem schwer fallen dürfte, so kann er aber auch sorgenlos auf seinem Krankenbett liegen, und er ist seiner Nahrung sicher, denn er hat eine große Macht hinter sich, die ihm zur Seite steht, und das ist die Gewerkschafts-Krankenkasse.

Sämmtliche Mitgliedschaften, welche bis jetzt der centralisirten Krankenkasse beigetreten sind und noch beitreten wollen, werden dringend ersucht, bis Ende dieses Monats ihre Abrechnungen, Gelder und sonstigen Berichte an Unterzeichneten einzusenden, damit die Vorstandsverwaltung ihren halbährigen Geschäfts- und Kassensbericht bekannt geben kann. Ferner diene zur Nachricht, daß anfangs nächsten Jahres ein Krankentassenstatut sämmtlichen Mitgliedschaften zur Begutachtung übersandt wird. Jeder Bevollmächtigte soll hierüber diskutiren lassen und dann das Resultat der Berathung an Unterzeichneten einsenden, dann wird das Nähere erfolgen.

Rudolph Habelig, Geschäftsf. u. Hauptkass.

### Correspondenzen.

Erfurt. Als ich nach langem Hin- und Herlaufen in dieser „besten der Welten“ nach Erfurt kam, sah ich, daß die Parteimitgliedschaft von der gesellschaftlicheren Behörde aufgehoben war. Dessenungeachtet blieb ein reger Geist unter den Mitgliedern. Am 15. November endlich ward eine Volksversammlung einberufen, die trotz Hindernisse über Hindernisse seitens der Polizei dennoch gut besetzt war. Ich referirte über das Contrahirungs-gesetz; über Punkt 2) „Unser Schulen im Dienste gegen die Freiheit“, B. von aus Gotha; Punkt 3) betraf die Gründung eines Arbeiterbildungsvereins, und schrieben sich 86 Personen in die ausgelegten Listen ein. Am Sonnabend, den 21. November, konstituirte sich der Arbeiterbildungsverein, und wurde Unterzeichneter zum Vorsitzenden gewählt. Erwähnenswerth ist noch, daß Herr Brack in Braunschweig uns bereitwilligst für beinahe 10 Thlr. Bücher und Schriften für die Gründung einer Bibliothek vermachte.

H. Thatemuth.

Reudorf. Am 18. Juli meldete Unterzeichneter eine Mitgliederversammlung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei zu Reudorf an, welche auch vom Ortschulken bescheinigt wurde; aber am darauf folgenden Tage, den 14. Juli, wurde ich zum Ortschulken beordert, um daselbst die Mitgliederliste und das Statut des Arbeitervereins zu Reudorf einzureichen. Natürlich war diese Anforderung schon einige Tage früher an unsern Vertrauensmann ergangen. Da ich dies nicht konnte, weil die Partei schon seit einigen Jahren bei uns ohne Lokalverein besteht, so wurde ich vom hiesigen Berger aus Dellingin gefragt, was das für eine Wahl bei der letzten Versammlung gewesen sei. Ich bedeutete ihm, daß das die Bureauwahl gewesen sei; darauf wurde ich gefragt, aus welchen Personen das Bureau bestanden habe, worauf ich die Namen des Vorsitzenden, Schriftführers, Stellvertreters und Beirathsammlers, G. Otto, F. Raumann, F. Bayer und G. Raumann nannte, ich bemerke noch, daß wir kein Statut, sondern nur ein Programm und eine Geschäftsordnung hätten. Meine Aus-

sagen wurden zu Protokoll genommen. — Im Monat August bekamen wir vier Mann eine Einladung, auf der herzoglichen Kreisdirection in Bernburg zu erscheinen. Auch war unser Vertrauensmann in der Zwischenzeit noch einmal aufgefordert worden, das Verlangte einzureichen, was aber stets abschlägig beantwortet werden mußte, da von alledem nichts vorhanden war. Auf der herzoglichen Kreisdirection legten wir die Organisation der Partei gründlich klar, und überreichten auch ein Programm nebst Geschäftsordnung und Mitgliedsliste, wozu wir natürlich aufgefordert worden waren. Wir glaubten, damit sei es zu Ende; aber es war ja nur ein Glaube, und so wie der Glaube allenthalben zusammenbricht, so sollte auch unser nicht zu starker Glaube Schiffbruch erleiden. Im Monat September erhielten wir vier Mann ein Strafmandat zugesellt, worin der Vertrauensmann zu 20 Thlr. resp. 3 Wochen Gefängniß, und wir andern drei jeder zu 5 Thlr. oder 5 Tage Gefängniß verurtheilt wurde. Zum 30. October erhielten wir wiederum eine Einladung zur Hauptversammlung nach dem herzoglichen Kreisgericht Bernburg. Dieser Termin mußte aber wegen Richterscheitens des Polizeianwalts wieder aufgehoben werden. Zugleich vernahmen wir aus dem Munde unseres Bertheidigers, daß in Anhalt bloß ein provisorisches Vereinsgesetz existire, welches 1850 als Vorlage ausgearbeitet worden sei und im November desselben Jahres dem Landtag zur Genehmigung unterbreitet werden sollte, dies sei aber nicht geschehen, mithin könne auch dieses Vereinsgesetz keine Gültigkeit mehr haben. Also nach einem Vereinsgesetz, welches gar nicht besteht, will man Leute bestrafen, welche nur einfache Mitglieder einer Partei sind? — Am 7. v. M. wurde von einem Parteigenossen eine Versammlung zum 8. November (Parteiversammlung) angemeldet, aber anstatt einer Bescheinigung erhielten wir einige Zeilen, welche besagten, Versammlungen für Partei- und Gesinnungsgenossen könnten nicht mehr bescheinigt werden, da wir keine Mitgliederliste eingereicht hätten. Diese Verordnung machte uns indeß nicht stutzig, denn die einfachste Antwort auf dieselbe war, daß wir für denselben Abend eine Volksversammlung abhielten. Ueber das Weitere werden wir seiner Zeit im „Volksstaat“ Bericht erstatten.

Offenbach. Den Arbeitern Deutschlands zur Nachricht, daß die Arbeiter Offenbachs zum 1. Januar 1875 eine Arbeiter-Zeitung unter dem Namen „Neue Offenbacher Tages-Zeitung“ herausgeben werden. Somit ist das Wort vollbracht, an dem wir schon Jahre lang gearbeitet haben. Der hiesige Presbverein, dem die Gründung des Blattes zu danken ist, wird sein Möglichstes thun, um das neue Arbeiterorgan zu Ehren zu bringen. Wir erwarten aber auch, daß die Arbeiter Deutschlands und namentlich die von Offenbach und Umgegend zahlreich auf die „Neue Offenbacher Zeitung“ abonniren.

Altona. Sonnabend, 12. Dezember war gewissermaßen der Tag, an dem den Arbeitern beider Fraktionen die Schuppen von den Augen fielen, an dem sie einsehen, daß Einigkeit stark macht, zumal die Verfolgungen sich vermehren häufen, daß es ein Verbrechen ist, jetzt noch kleinliche Negeleien in Scene zu setzen. Genuß, der Altonaer Arbeiter bewies, daß, wenn es gilt am Plage zu sein, er seine Aufgabe begriffen hat, und so hat er sich auch am Sonnabend hier im englischen Garten über 6000 Personen versammelt, um den Vortrag der beiden Reichstagsabgeordneten Liebknecht und Reimer anzuhören. Beide wurden mit Akklamation empfangen.

Liebknecht, der zuerst sprach, entwickelte in einständiger Rede die Ziele der Arbeiterbewegung. Mit großer Begeisterung sah man die Zuhörer jedes der Worte in sich aufnehmen. Nach Liebknecht sprach Reimer, gleichsam an Liebknecht's Rede anknüpfend und sie weiter entwickelnd bis gegen 10 Uhr, da wir hier noch die sogenannte dänische oder Schleswig-Holsteinische Sabbatordnung haben, die uns zwingt, Sonnabends präcise 10 Uhr Abends die Versammlung zu schließen, trotzdem im preussischen Staate solches nicht der Fall ist. Raum jedoch verläutete der Vorsitzende den Schluß, als einem Orkan gleich aus Tausenden von Reihen die Arbeiter-Marschälle erscholl, verkörpernd die Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. H. Radenhausen, Schriftführer.

Wien, 15. Dezember. Die Nachricht, daß die Vereinigung der beiden sozialdemokratischen Fraktionen Deutschlands nun ernstlich angebahnt wird, hat die hiesigen Arbeiter mit hoher Freude erfüllt. Mögen nun unser Gegner, die Feinde jeden wahren Fortschritts, so oder so sprechen, verleumden und verächtigen, ignoriren wir diese Aeußerungen der Furcht einer sich mehr und mehr zerbröckelnden Gesellschaft, und schreiten wir Alle, uns brüderlich die Hand reichend, dem hohen Ziele der Emanzipation der Arbeiterklasse zu.

#### Briefkasten

der Redaktion. H. Peter in Hamburg: Der Aufsatz selber ist der Einsender. — R. H. in Wiesbaden: Tras für die Sonntagsnummer zu spät ein. Urtheil veröffentlichten wir überhaupt nur in besonders gravirenden Fällen. — G. H. in Braunschweig: Ist bereits in Nr. 147 enthalten. — E. R. in Remscheid: Der Aufsatz besorgt die Stempel. der Expedition. Frz. Schwyz in Reumart: Wenn Sie Ihr abonniertes Exempl. nicht erhalten, reklamiren Sie bei dortiger Post. Im mitgetheilten Falle läßt sich nichts beweisen, also auch nichts thun. Geben Sie uns ihre genaue Adresse per Correspondenzkarte, dann senden wir ihnen die fehlende Nummer 113.

#### Dattung

der Expedition. Mehrere hier Ann. 12 gr. 5. Schiff hier Ann. 11 gr. Cons Dresden Schr. 4 thlr. Rinsch Linden Schr. 3 thlr. 18. Arbeiter. Lindenau Ann. 5 gr. Hn Witten Schr. 1 thlr. 7. 5. G. Lat Pischon Schr. 3 thlr. Gisse Gera Schr. 1 thlr. Eric Erfurt Schr. 2 gr. 5. J. Franz Zürich Schr. 10 thlr. Fähr Mosau Schr. 2 thlr. 14. 5. Lpple Kaiserlautern Schr. 1 thlr. 12. Gehr Demer Ann. 8 gr. Lr Waldenburg Schr. 3 gr. 4. A. Ertman Berlin Ann. 34 thlr. 14. 5. Schr. 15 thlr. Ernst Königsberg Schr. 2 thlr. 22. 7.

Für die Braunschweiger ausgesperrten Cigarrenarbeiter erhalten durch den Bevollmächtigten der Schuhmachergewerkschaft E. Graud in Wandsbeck 1 thlr. 3 gr., gef. in einer Versammlung.

A. Fuchs, Hauptkassier.

#### Fond für Gemäßigtere.

Som Glas „Morgenroth“ hier 3 Thlr.

#### Berichtigung.

Das Verkehrs- und Versammlungslokal in Ernstthal in Sachsen ist nicht bei Emil Rognitz, sondern bei Emil Layritz.

#### Anzeigen etc.

Die rechts in [ ] angegebene Ziffer ist der Preis der betreffenden Annonce.

Hannover Den ersten Weihnachtstage Rachmittags 4 Uhr im Lokale des Herrn Bartling, Knochenhauerstr. 59: Gemüthliche Zusammenkunft mit Damen. Es findet zugleich interessante Lauenbaum-Berloosung statt. Zahlreiches Erscheinen erwartet. Das Comité. [15]

# Berlin.

## Wahlverein der sozial-demokratischen Arbeiterpartei.

Donnerstag, den 31. Dezbr., (Schloßter) auf „Königshöhe“, Greifswalderstraße 8, am Königsthor:

### Großes

## Allgemeines Sylvester-Fest.

(Concert, Ball u. s. w.)

Billets à 2 1/2 Sgr. sind zu haben bei den Colporteurs des „Volksstaat“, bei Rubenow, Brunnenstraße 34 und in den öffentlichen Versammlungen des Wahlvereins. Erhöhter Kassenerpreis.

Alle Freunde und Gesinnungsgenossen sind hierzu freundlichst eingeladen. Keiner darf bei diesem Feste fehlen.

Der Vorstand. [67 1/2]

# Berlin.

Montag, den 21. Dezbr., Abends 8 1/2 Uhr, bei Carius, Prinzenstraße Nr. 72:

## Oeffentliche Versammlung

### des Wahlvereins der sozial-demokr. Arbeiterpartei.

Tagesordnung: Der Werth einer Vereinigung der sozial-demokratischen Fraktionen; Referent: Herr Heiland. — Discussion. — Aufnahme neuer Mitglieder. — Verschiedenes.

Jedermann hat freien Zutritt!

Sämmtliche Sozialdemokraten Berlin's sind zu dieser Versammlung der Wichtigkeit des Gegenstandes halber hierdurch eingeladen. Der Vorstand. [24]

#### Allgemeiner deutscher Schneiderverein.

Leipzig Montag, den 21. d. M., Abends 8 Uhr: Versammlung bei Jakob, Petersstr. 16 (goldner Arm). — Tagesordnung: Der Normalarbeitstag, Ref. Witt u. Kasper. Dringende Vereinsangelegenheiten und Protokolle. — Gäste willkommen. D. B.

Solingen Die Leser des „Volksstaat“ und des „Neuen Socialdemokrat“ werden auf den ersten Weihnachtstage, Rachmittags 5 Uhr, im Lokale des Wirthes Karl Klein zu einer Besprechung dringend eingeladen.

R. Wolfers, J. Rahl.

Wandsbeck Sonntag, den 20. Dezember, Rachmittags 3 Uhr im Lokale des Hrn. Eig. Baustr. a2 Nr. 14: Generalversammlung der vereinigten Straßenbauarbeiter von 1875. Tagesordn.: 1) Bericht über den Stand des Geschäfts, 2) Wahl eines Commissions nach § 14. 3) Aenderung einzelner Paragraphen des Statuts. Der Zutritt ist nur gegen Vorzeigung des Antheil-Buchs gestattet. Der Vorstand.

### Todesanzeige.

Heute Rachmittags 4 1/2 Uhr verschied nach zweiwöchentlicher Krankheit unsere liebe Tochter Anna im Alter von vier Jahren und fünf Monaten in Hamburg, den 15. Dezember 1874.

Georg Wilhelm Büfens u. Frau.

Der Vertrauensmann des Vereins für Satter und Berufsgelehrte zu Darmen wird ersucht, seine Adresse in Vereinsangelegenheit im „Volksstaat“ zu veröffentlichen.

Im Verlage der ersten feiermüthlichen Genossenschafts-Buchdruckerei, Graz, Auenstr. Nr. 17, ist soeben erschienen und durch die Buchhandlung des „Volksstaat“ zu beziehen:

## Prozeß Dr. Hippolyt Tauschinski und 31 Genossen

wegen Religionsstörung und geheimen sozialdemokratischen Verbindungen.

Groß Octav. 179 Seiten stark, broch. 50 kr. M. — 10 Gr.

Der Reintext dieser Broschüre ist für die Indastriellen bestimmt. Dieses für die Arbeiter sehr lehrreiche Buch enthält nebst einer Rede den umfangreichen Anklagebescheid, sowie nach stenographischen Zeichnungen den ganzen Verlauf der neuntägigen Verhandlung, vollständigen Reden des Staatsanwalts, der Bertheidiger, die Verhandlungsprotokolle des Angeklagten Dr. Tauschinski und den Urtheilsprotokoll.

Wir empfehlen den Lesern des „Volksstaat“, sowie überhaupt einem Publikum, daß sich für die heutigen gesellschaftlichen Zustände interessiert, das Lesen der in unserem Verlage in Berlin erscheinenden

## „Social-Politischen Blätter“

zum

### Abonnement.

Der Abonnementspreis beträgt für wöchentlich einmalige Lieferung pro Quartal 10 Sgr., pro Monat 4 Sgr. Abonnementspreis in Monatsheften ist 4 Sgr. pro Heft.

Colporteurs und Buchhändler erhalten entsprechenden Rabatt. Bestellungen nehmen alle Buchhändler und Colporteurs, sowie Wochenleserungen auch alle Postanstalten entgegen.

Berlin im Dezember 1874. (w.) Redaktion und Expedition des „Neuen Social-Demokrat.“

Den „Volksstaat“-Abonnenten und Filialexpeditionen Nachricht, daß mit Ablauf dieses Monats die Abonnementsgelder für das laufende Quartal beglichen sein müssen, werden die Restanten hierdurch zur schleunigen Erfüllung ihrer Pflicht aufgefordert. Gleichzeitig machen wir darauf aufmerksam, daß das Abonnement für das erste Quartal 1875 rechtzeitig neuern zu wollen. Die Expedition des „Volksstaat“.

### Filialexpeditionen,

welche uns für das erste Quartal 1875 ihren Bedarf nicht angeben haben, oder mit Abonnementsbeträgen noch im Rückstande sind, ersuchen wir vom 1. Januar an keine Besammlungen mehr.

Die Expedition des „Volksstaat“.

Verantwortlicher Redakteur: R. Seiffert, Redaktion Hodestraße 4, Expedition Reiterstraße 44, in Leipzig-Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.